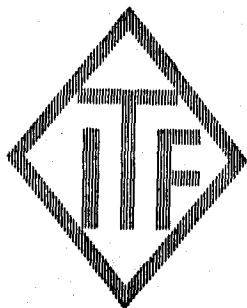


FASCHISMUS

4. Jahrgang
No. 10.

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 16. Mai 1936



Deutsches Lohndumping. (ITF) "Von sachverständiger Seite" wird dem Organ des deutschen Wirtschaftsministers Dr. Schacht geschrieben: "Im Kampf der Ausfuhrer (Exporteure) untereinander... sind die Ausfuhrerlöse vielfach erheblich heruntergewirtschaftet worden... Der Druck auf die Hersteller (Produzenten) wurde so stark, dass in gewissen Branchen von angemessenen Erlösen des Herstellers einfach nicht mehr gesprochen werden kann. Die Folgen sind vielfach Qualitätsminderung und somit Schädigung des Rufes der deutschen Ausfuhr und eine Notlage betroffener Industriezweige, die die Erfüllung sozialer Verpflichtungen häufig (!) nicht mehr ermöglicht!" ("Der deutsche Volkswirt" Nr. 31, vom 30. April 1936). Noch deutlicher wird das amtliche Statistische Reichsamt bei der Besprechung der Lage der "Wirtschaftszweige mit schwierigen Wettbewerbsverhältnissen, zumal gegenüber dem Ausland. Um gefährdete Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten, erwies es sich hier teilweise als unvermeidlich, die tariflichen Mindestvorschriften im Wege von Ausnahmebestimmungen (!) durch die Treuhänder der Arbeit zu lockern". ("Wirtschaft und Statistik" Nr. 8, zweites Aprilheft, S. 8)

Damit wurden von autoritativer Seite die Berichte aus den Betrieben bestätigt: die deutsche Industrie forciert ein Dumping durch untertarifliche Bezahlung und Beamte des Dritten Reiches, die Treuhänder der Arbeit ermuntern das Lohndumping durch Ausnahmetarife.

Amnestie für Folterknechte. (ITF) Hitler hat (am 23. April) ein Amnestiegesetz unterzeichnet. Harmlöse, die wegen unvorsichtiger Kritik am Dritten Reich und an braunen Bonzen zu weniger als 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, erhalten 3 Jahre Bewährungsfrist. Erzählen sie während dieser Zeit einen politischen Witz oder gar Wahrheiten über Reichstagsbrand, Nazi-Korruption, Teuerung und Lohnabbau so werden die wieder eingesperrt. Die zahlreichen zu mehr als 6 Monaten Gefängnis verurteilten "Nörgler und Schwätzer" werden nicht amnestiert. Bagatellstrafen von weniger als einem Monat Haft werden, da die Gefängnisse überfüllt sind, "aus kriminalpolitischen Erwägungen" niedergeschlagen.

Der Kern dieser Amnestie ist die Begnadigung von Nationalsozialisten, die "im Uebereifer... ihre Befugnisse überschritten". Die Gewerkschafter, Sozialisten und Kommunisten, die ohne Urteilspruch seit nun über 3 Jahren in den Konzentrationslagern sitzen, die auf-

rechten Arbeiter, die wegen ihres Kampfes um Lohn und Brot zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, bleiben im Zuchthaus und im Konzentrationslager. Aber mit den Folterknechten der Geheimen Staatspolizei, mit den Schlägerbanden der SS und SA erklärt die nationalsozialistische Diktatur sich solidarisch, sie werden amnestiert.

"Das niedrigste nur denkbare Niveau". (ITF) Die dem deutschen Propagandaministerium nahestehende "Deutsche Volkswirtschaft" hat (im zweiten Aprilheft 1936) gefordert: "Sowohl die Löhne und Gehälter als auch die Einkommen und Gewinne aus gewerblicher und industrieller Tätigkeit müssen auf das niedrigste nur denkbare Niveau beschränkt bleiben". Die Gewinne der Industriellen und Bankiers sind im Dritten Reich erheblich gestiegen, der Aktienindex lag 1935 um 65% höher als 1932. Nur die Arbeiter, Angestellte und unteren Beamten werden "auf niedrigste nur denkbare Niveau" herabgedrückt. Gerade jetzt berechnet das deutsche Statistische Reichsamt (Wirtschaft und Statistik, 2. Aprilheft Nr. 8) aus der Statistik der Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung den durchschnittlichen Wochenverdienst je beitragszahlenden Arbeiter und den durchschnittlichen Monatsverdienst der beitragszahlenden Angestellten. Es muss zugeben, dass 1933 und 1934, in den ersten Jahren des Dritten Reiches die Verdienste der Arbeiter und Angestellten noch unter denen des Krisenjahres 1932 lagen.

Aber es behauptet, dass im Jahre 1935 der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Arbeiter um 5% über 1932, der durchschnittliche Monatsverdienst eines Angestellten um 4% über 1932 lag. Der durchschnittliche Wochenverdienst eines Arbeiters soll 1932 22,88 RM betragen haben, 1935 24,40 RM. Das durchschnittliche Monatsgehalt eines Angestellten sei von 182 RM 1932 auf 189 RM 1935 gestiegen. In Wirklichkeit sind die Arbeitsverdienste niedriger als das Statistische Reichsamt angibt, denn es berücksichtigt die zahllosen Fälle nicht, in denen Arbeiter und Angestellte untertariflich bezahlt, ihre Sozialversicherungsbeiträge aber in der dem Tariflohn entsprechenden Versicherungsklasse entrichtet werden. Sie berücksichtigt auch nicht, dass z.B. die Beiträge der Behördenangestellten durch die in ihren Beiträgen zur Invaliden- bzw. Angestelltenversicherung enthaltenen Beiträge ihrer zusätzlichen Pensionsversicherung überhöht erscheinen. Trotzdem lässt die Angabe des Statistischen Reichsamts erkennen, dass die Realverdienste erheblich unter denen des Jahres 1932 liegen.

Bis zum Krisentiefpunkt 1932 waren die deutschen Löhne nach 2 Jahren rigoroser Deflationspolitik der Konservativen Regierungen bereits ausserordentlich gesunken, die Tariflöhne der deutschen Facharbeiter lagen im Dezember 1932 um 23,9% niedriger als im Dezember 1930; die Senkung der Lebenshaltungskosten glichen nur einen Teil dieser Kürzungen aus. Unter den Nationalsozialisten wurden die Preise um mindestens 20% in die Höhe getrieben, aber die Löhne und Gehälter oft noch unter das Niveau des Krisenjahres gesenkt. Selbst nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts sank durch die starke Preissteigerung die Kaufkraft des durchschnittlichen Wochenverdienstes der deutschen Arbeiter um 16%, sank die Kaufkraft des durchschnittlichen Monatsgehaltes der Angestellten um 16,8%. Berücksichtigt man noch die im Dritten Reich erhöhten Pflichtabzüge und Steuern und die zahlreichen von den Nationalsozialisten eingeführten "freiwilligen" Abgaben - die etwa 10% des Bruttoverdienstes ausmachen - so ergibt sich: der Durchschnittsrealverdienst der deutschen Arbeiter und Angestellten sank seit 1933 stärker als in den Krisenjahren 1930/32, er sank in den 3 Jahren nationalsozialistischer Diktatur um 20-25%.

Tarifbruch - wiederholt festgestellt. (ITF) Die Reichsbetriebsgemeinschaft Druck der Deutschen Arbeitsfront musste (Mitte April) in einem Aufruf klagen: "In letzter Zeit ist wiederholt festgestellt worden, dass in einzelnen Betrieben Bestimmungen der Tarif- oder Betriebsordnungen nicht restlos befolgt werden. Nicht allein, dass den Gefolgschaftsmitgliedern der ihnen durch die Tarifordnung zustehende Lohn vorenthalten wird, werden darüber hinaus Bestimmungen über tarifliche Zuschläge, Ueberstunden, Nachtarbeit, Frauen- und Männerarbeit, Maschinenbesetzung, verletzt". (Der Ruhrarbeiter, Organ der Arbeitsfront, 1. Maiausgabe 1936)

"Unschätzbare Freundschaft". (ITF) Der Grossindustrielle Emil Kirdorf, der Gründer und langjährige Vorsitzende des Rheinisch-westfälischen

Kohlensyndikats, hat zum 1. Mai eine bezeichnende Erklärung veröffentlicht: "Zurückblickend... kann ich Gott nicht dankbar genug sein, dass er mir dies lange Leben geschenkt hat... sodass ich unserm geliebten Führer (Hitler) rechtzeitig helfen und mir seine unschätzbare Freundschaft erwerben konnte". ("Der Ruhrarbeiter", Organ der Arbeitsfront, erste Mainummer 1936).

Kirdorf ist nicht der einzige Geldgeber Hitlers, für den die rechtzeitige Hilfe sich so unschätzbar rentierte, dass er Gott nicht dankbar genug sein kann...

Wie deutsche Erwerbslosenziffern frisiert werden (ITF) schildert das deutsche Institut für Konjunkturforschung in seinem am 24. April abgeschlossenen Vierteljahrshoft (p. 7). Es berichtet, dass die Erwerbslosen z i f f e r im Februar sank, da die "für die Arbeitslosenzählung entscheidenden Tage Ende Februar es erlaubten, die meisten Aussenarbeiten weiterzuführen oder wiederaufzunehmen".

Das deutsche Arbeitseinkommen sank unter Hitler um 20%. (ITF) Das deutsche Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht nicht mehr wie früher Angaben über das Arbeitseinkommen der gegen Lohn und Gehalt beschäftigten deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Seit dem 1. Januar 1935 ist bei der Berechnung des Arbeitseinkommens "abweichend von der bisherigen Berechnungsart das Einkommen sämtlicher 'zusätzlich' Beschäftigten miteinbezogen worden" (Vierteljahrsheft für Konjunkturforschung IX, A 4, p. 156). Diese zusätzlich beschäftigten Notstandsarbeiter, Fürsorgearbeiter, Landhelfer etc. haben zwar Arbeit, aber keinen Erwerb. Sie erhalten als Vergütung Erwerbslosenunterstützung, oft nur in Naturalien. Diese elende Vergütung als "Lohn" zu bezeichnen, ist ein Kniff der nationalsozialistischen Propaganda, keine ernsthafte Feststellung. Durch diese "Umstellung" der Statistik kann jedoch nicht mehr die Bewegung des Arbeitseinkommens der gegen Lohn und Gehalt Erwerbstätigen beobachtet werden -- soweit die unkontrollierbaren, vom Propagandaministerium zensierten Statistiken überhaupt noch eine Beobachtung ermöglichen --, es kann nur noch das Gesamteinkommen der gegen Lohn und Gehalt Erwerbstätigen und der Erwerbslosen ermittelt werden.

Nach den Angaben (im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 1936, Nr. 8) betrug das Bruttoeinkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und der zusätzlich Beschäftigten 1935 RM 31 756 Millionen. Diese Summe enthält aber erstmalig auch das Arbeitseinkommen des Saargebiets und "zum Teil die Einkommen der neuingestellten Soldaten". Das Arbeitseinkommen im Saargebiet wird vom Konjunkturinstitut mit "mehr als 200 Millionen RM" angegeben. Die Höhe des eingesetzten Einkommensteils der Soldaten (Verpflegung, Unterkunft, Sold) wird vom deutschen Konjunkturinstitut zur Verschleierung verschwiegen, sie wird mit 200 Millionen RM zu niedrig geschätzt sein. Ohne das Arbeitseinkommen der Saar und der Soldaten betrug das Bruttoeinkommen 1935: RM 31 356 Millionen RM gegen RM 26 001 Millionen 1932. Hinzu kommen die Bezüge der Erwerbslosen, die (1932/33) 3149 Millionen RM und (1934/35) 1671,3 Millionen RM ausmachten. Das Bruttoeinkommen der gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten und der Erwerbslosen betrug also 1932 RM 29 150 Millionen, 1935 RM 33 027,3 Millionen. (1)

Von diesem Bruttoeinkommen gingen ab die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, zur Arbeitslosenversicherung, die Lohnsteuer und -- 1935 -- die "freiwilligen" Abgaben. Das Nettoeinkommen betrug infolgedessen 1935 nur noch 26 860 Millionen RM gegen 27 006 Mio RM im Krisenjahre 1932. (2)

Seit 1932 sind die Lebenshaltungskosten orhoblich gestiegen. Die amtlichen Ziffern sind selbst nach Feststellungen der Forschungsstelle für den Handel unbrauchbar, sie legen nur Höchstpreise, nicht die wirklich gezahlten Preise zugrunde. Ernste Sachverständige schätzen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Dritten Reich auf 20-30%. Das Arbeitseinkommen 1935 betrug also in der Kaufkraft des Jahres 1932 höchstens 21 485 Millionen RM. In den 3 Jahren nationalsozialistischer Diktatur ist das Realeinkommen der Erwerbslosen und der beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten um mindestens 20% gesunken.

(Für die Redaktionen: (1) Die Bezüge der Erwerbslosen mussten nach den Angaben des Konjunkturstatistischen Handbuches 1936, p. 165, für das Haushaltsjahr (April bis April) eingesetzt werden; da die Unterstützungen im Dritten Reich von Quartal zu Quartal zurückgingen, geht eine etwaige geringfügige Fehlschätzung zugunsten der Nationalsozialisten. -- Als Arbeitseinkommen des Saargebiets gibt das Statistische Reichsamt im 2. Aprilheft von Wirtschaft und Statistik "etwa 330 Millionen" an, während das Konjunkturinstitut mit 200 Millionen schätzt; eine Differenz von 65%!

(2) Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung (ohne Ersatzkassen): 1932: 851,1, 1935: 1 097,6 Millionen RM, zur Arbeitslosenversicherung: 1932: 513,5; 1935: 667,5 Millionen RM; Lohnsteuer: 1932: 779,5; 1935: 1 303,4 Millionen RM.

Die von den Nationalsozialisten eingeführten "freiwilligen" Abgaben, die zum Teil zugleich mit der Lohnsteuer erhoben werden, verringern das Bruttoc Einkommen um mindestens 10%. Die Summe der auf die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Erwerbslosen entfallenden, im Dritten Reich erhöhten kommunalen Bürgersteuer, die gleichzeitig mit der Lohnsteuer erhoben wird, lässt sich nicht schätzen, genau so wenig wie der Anteil der von den Nationalsozialisten neu eingeführten Verbrauchssteuern.)

"Aufgelockert" Urlaub. (ITF) Der Berliner Treuhänder der Arbeit ===== hat in der ersten Mainummer seiner "Amtlichen Mitteilungen" folgende Feststellungen veröffentlicht: "Unter ausdrücklicher Verweisung auf den Weg der innerbetrieblichen weitergehenden Regelung habe ich die Mindestbestimmungen für den Urlaub in der Metallindustrie aufgelockert, um damit den Betriebsführern einen Massstab ihres sozialen Verantwortungsbewusstseins zu geben.

Wider Erwarten werden mir bereits Bestrebungen einer Anzahl Betriebe gemeldet, ohne wirtschaftlich begründete Notwendigkeit die für die Gefolgschaften bisher günstigeren Bestimmungen zu verschlechtern, obwohl die Tarifordnung dieses ausdrücklich verbietet."

Musterbetriebe. (ITF) Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley ===== hatte (am 2. Februar 1936) angekündigt: "Ich habe bereits seit Jahren den Gedanken erwogen, Musterbetriebe zu ernennen, und wir werden das vielleicht in diesem Jahre zum 1. Mai tun können. Musterbetriebe und ihre Betriebsführer sollen dadurch geehrt werden, dass wir sagen: "in diesem Betrieb ist alles in Ordnung, das ist ein richtiger Betriebsführer, ein Offizier der Soldaten, und das sind Soldaten der Arbeit!" ("Angriff", Nr. 29).

Über "Musterbetriebe" haben die Unternehmer ihre besonderen Ansichten. Im Sprachrohr der deutschen Unternehmer, im "Deutschen Volkswirt" (vom 14. Februar) wurde dem Leiter der Arbeitsfront bissig erklärt: "Unter dem Gesichtspunkt der für uns so lebensnotwendigen Devisenbeschaffung kann ein Betrieb sich sogar in besonders hohem Masse verdient machen, ohne dass er für den Sozialpolitiker im eigentlichen Sinne anziehender zu sein braucht als andere".

Die Ansichten der Unternehmer pflegen sich im Dritten Reich durchzusetzen. Der kürzlich veröffentlichte Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten hat die Zustände in derartigen Musterbetrieben "im eigentlichen Sinne" geschildert. Die preussische Gewerbeinspektion klagt: "Einigen (?) Betrieben des Maschinenbaus, des Motor- und der Werkzeugmaschinenherstellung und der Feinmechanik musste mit Rücksicht auf das nachgewiesene öffentliche Interesse (an der Aufrüstung! Red.) sowie auf die Unmöglichkeit, in kurzer Zeit gelernte Arbeitskräfte und neue Betriebseinrichtungen zu beschaffen, Mehrarbeit in erheblichem Umfang bis zu 1 1/2 Stunden täglich gestattet werden". Für Exportaufträge wurde von den Arbeitern in gleicher Weise Überstundenarbeit verlangt. Der Begriff eines Musterbetriebes "im eigentlichen Sinne" ist damit eindeutig geklärt.

Das Sprachrohr der Unternehmer begnügte sich aber nicht mit der Feststellung, dass der vom Kriegsministerium oder von der Devisenstelle verliehene Titel Musterbetrieb ein Lob für Antreiberei wäre; es bescheinigte dem Leiter der Arbeitsfront gleichzeitig, dass er wieder einmal geredet hat, ohne zu denken. Ein Wettbewerb der Musterbetriebe würde "die Gefahr eines neuen Hofgärtertums der Begünstigten" heraufbeschwören. "Nutznieser der öffentlichen Auftragsvergebung", also die Aufrüstungsgewinnler und Betriebe mit Monopolstellung, könnten die kostspielige Voraussetzung der "Erhebung zum Musterbetrieb", die "einen erheblichen Reklamewert" enthält, leicht aus den Rüstungsgewinnen bestreiten. Die entscheidende Frage aber sei: "auf wie lange soll denn ein Betrieb zum Musterbetrieb ernannt werden? Ein Betrieb, der heute nach den festgelegten Massstäben vorbildlich ist, muss es nicht notwendigerweise auch im nächsten Jahre sein".

Dr. Ley hat nicht gewagt, sich zu verteidigen. Im Gegenteil, er musste es sogar dulden, dass der Leiter des Sozialamts der Arbeitsfront sich in der Tageszeitung der Arbeitsfront (am 27. Februar) die Argumente der Unternehmer zu eigen machte und erklärte: Für die Beurteilung der Zustände in einem "Musterbetrieb" sei "die menschliche Wertung... nicht allein die materielle Versorgung durch den Betrieb die Hauptsache".

Der Musterschwätzer Ley zog es vor, zu kneifen. Am 1. Mai wurden keine Musterbetriebe ernannt.

Sein Kampf. (ITF) Herr Hitler erklärt häufig, er kämpfe für den Frieden. Am 27. März hat er ausgerechnet im Kruppschen Rüstungsbetrieb in Essen eine seiner Friedensreden gehalten. Diese Rede wurde durch Rundfunk übertragen, sie musste in allen deutschen Betrieben abgehört werden, für die Arbeiter und Angestellten war Gemeinschaftsempfang vorgeschrieben.

Ausserhalb der Grenzen des Dritten Reiches konnte ein Gutgläubiger meinen, dass Herr Hitler kriegslüsterne Arbeiter zum Pazifismus bekehren wollte. In Deutschland hat die Arbeitsfront dafür gesorgt, dass den Arbeitern klar gemacht wurde, dass Hitlers Friedensreden nur "nordische List" zur Täuschung des Auslands sind. Auf Anregung der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe der Deutschen Arbeitsfront haben eine Reihe grösserer Unternehmer -- wie der "Angriff" Nr. 86 vom 10. April und der "Völkische Beobachter" Nr. 103/4 vom 12./13. April stolz berichtet -- unmittelbar vor der Übertragung dieser Friedensrede an die Belegschaft Hitlers Buch "Mein Kampf" verteilt. In "Mein Kampf" predigt Hitler offen den Angriffskrieg als Krönung jeder deutschen Politik. --

Herr Hitler behauptet gelegentlich, er versehe sein Amt uneigennützig. Doch der Reichskanzler Hitler duldet es, dass der gesamte Staatsapparat eingesetzt wird, um dem Verlagsbesitzer Hitler und dem Schriftsteller Hitler erhebliche Gewinne zu verschaffen. Die Beamten werden gezwungen, ausschliesslich nationalsozialistische Tageszeitungen zu abonnieren, die fast sämtlich Eigentum des Eherverlages sind, dessen Hauptteilhaber Hitler ist. Als Buchprämie in Schulen, beim Arbeitsdienst, beim Militär, bei den Behörden wird "Mein Kampf" bevorzugt. Der Absatz schien dem Verleger nicht hoch genug; jetzt hat der Innenminister (am 10. April) die bankrotten Gemeinden angewiesen, möglichst jedem Brautpaar bei der standesamtlichen Trauung ein Exemplar "Mein Kampf" zu überreichen. Das bedeutet für Herrn Hitler einen garantierten Jahresabsatz von weiteren 700 000 Exemplaren. Der Ladenpreis des Buches beträgt 7.20 RM. Von jedem Exemplar bezieht Herr Hitler "uneigennützig" Autorenhonorar und einen Gewinn als Verleger.

Pharao Hitler. (ITF) Am 1. Mai hat Hitler in Berlin erklärt: "Die Männer, die vor Jahrtausenden einem Volke die Aufgabe stellten, Pyramiden zu bauen, sie wussten, warum sie es taten. Sie haben an diesen gewaltigen Gemeinschaftsleistungen 4 000 Jahre menschlicher Kultur aufgerichtet! Und wenn wir heute gewaltige Gemeinschaftsleistungen stellen, dann wissen wir auch, warum wir es tun!"

Die bekannten Erforscher des alten Ägypten Perrot und Chipier haben in ihrem "Ägypten" geschildert wie die von Hitler als vorbildlich gepriesene "Gemeinschaft" beim Pyramidenbau aussah, Phantastisch aktuell klingt heute ihre Schilderung:

"Man hat sich jederzeit, seit den Pyramidenbauten des Cheops und Chefren.... die zur Ausführung von grossen öffentlichen Arbeiten notwendigen Arbeitskräfte auf dem Wege des Frondienstes verschafft. Es erging ein Befehl an den Statthalter, dieser liess denselben von Dorf zu Dorf ausrufen, und am nächsten Morgen wurde die ganze männliche Bevölkerung der Provinz herdenartig nach der Stelle getrieben, wo der Bau vor sich gehen sollte. Jeder nahm in einem kleinen Sacke oder Korbe so viel Mundvorrat mit, als er für vierzehn Tage oder einen Monat brauchte, ein paar harte Brotkuchen, einige Zwiebeln, Knoblauch und ägyptische Bohnen, wie die mandelartigen Fruchtkapseln des Lotus bei den Griechen hiessen. Wer besonders gewandt und kräftig war, hatte Kalkstein oder Granitblöcke zu behauen und zusammenzuschichten; doch auch schwächere fanden eine ihrer Kraft entsprechende Verwendung. Sie mussten in den büttenförmigen, mit ausgestrecktem Arm auf dem Kopfe festgehaltenen Binsenkörben Schutt wegräumen, mussten den Ziegeln Nilwasser und Lehm bringen und die Ziegel in langen Reihen im Sonnenschein zum Trocknen und Festwerden ausbreiten.

Unter der Leitung von Architekten und Fachleuten, welche von Anfang bis zu Ende bei dem Unternehmen tätig waren, hatten diese durch Stockschläge angefeuerten Menschenmassen alles das zu leisten, wozu keine handwerkmassige Schulung gehörte. War ihre Frist abgelaufen, so wurden sie von neuen Scharen abgelöst, die man in einem anderen Nomos (Bezirk) vom Felde fortgetrieben hatte; dann zog sie

wer nach der harten, angespannten, aufreibenden Beschäftigung dazu noch im Stande war. Gar manchem blieb freilich der Heimweg erspart; nahebei im Wüstensande hielt er seinen Feierabend. Nach vollbrachtem Tagewerk, in der Dämmerung, hatten seine Dorfgenossen ihm dort eine Ruhestatt gegraben, ihn in ein paar Lumpen eingehüllt und eilig verscharrt.

Nur dadurch, dass ein solches Massenaufgebot aller vorhandenen Arbeitskräfte zu zwangsmässiger Tätigkeit stattfinden konnte, lässt sich das Vorkommen so gewaltiger Denkmäler in Ägypten hinreichend erklären. Während des alten Reiches hatte man keineswegs Myriaden von Kriegsgefangenen, ganze unterjochte Völkerschaften zur Verfügung, wie sie die assyrischen Könige bei ihren ungeheuern Bauwerken in Ninive verwendet zu haben scheinen; und solche Bauten wie die Pyramiden während eines Menschenalters mit einem freien Arbeiterstande, an den man keine unbillige Anforderungen hätte stellen dürfen, aufzuführen und zum Abschluss zu bringen, das wäre, hätte auch eine Menge Sklaven dabei geholfen, gewiss nicht gelungen."

Die Technik hat sich in 4 000 Jahren geändert, aber die Methoden der Zwangsarbeit stehen unter den Pharaonen und unter dem Hakenkreuz fast auf dem gleichen Niveau "menschlicher Kultur".

Doch nicht nur deshalb empfindet Hitler tiefe Sympathie für die Pharaonen. Er fühlt sich ihnen wesensverwandt. Über das alte Ägypten berichten die Forscher: "Wer so unumschränkt gebot und solchen Schrecken einflösste, dass er mit einem Wort, einem blossen Winke sofort ganze Provinzen entvölkern und ihre Bewohner in die Steinbrüche und auf die Bauplätze versetzen konnte, wessen Herrschermacht ferner, ungeachtet, seiner Menschheit, der Gottheit so nahe stand, dass er seinen Untertanen meist dieser fast zum Verwechseln ähnlich vorkam, ein solcher von jedermann mit tiefgesenktem Haupte verehrter oberster Priester, Landesvater und König, der liess auch seinen Ruhm und seine Herrlichkeit vollauf durch alle die Bauten verkünden, welche auf seinen leisesten Wunsch aus der Erde wuchsen.

Ihn findet man abgebildet, wo man nur hinblickt."

Genau wie Hitler.

(Zitiert wurde nach der von Georg Ebers eingeleiteten autorisierten deutschen Ausgabe, die bei Brockhaus in Leipzig erschien; Seite 26, bzw. 29).

Die Flucht in die Sachwerte. (ITF) Wer heute in Deutschland über flüssiges Kapital verfügt, legt es in Sachwerten an. Der Grossbesitz kauft ganze Unternehmungen auf Spar- und Bankguthaben -- Besitzer fliehen in die Aktien, die als wertbeständiger "Sachwert" nicht mehr als dividendentragende Kapitalsanlage gekauft werden. Am Ende der ersten Maiwoche gewann man den Eindruck, dass bei den Aktienkäufen die Frage des Dividendenertrages nicht mehr die ihr zukommende, früher meist gewährte Rolle spielt." (Börsenbericht der Frankfurter Zeitung vom 10. Mai. "Die starke Bevorzugung der in Deutschland noch gehandelten Auslandsaktien" unterstreicht den Umfang dieser Flucht aus der Mark. Hausbesitzer verkaufen ihre Häuser nur noch gegen bar, um das Geld sofort in andern Sachwerten anlegen zu können, die Preise für Häuser und Grundstücke steigen unablässig.

Der Faschismus garantiert Rüstungsprofite. (ITF) Mussolinis Ankündigung, dass der vom Grossbesitz kontrollierte faschistische Staat künftig die Kontrolle weiterer kriegswichtiger Unternehmungen übernehmen werde und diese "den Charakter von Privatunternehmen aufgeben müssten", seine Erklärung, dass es "in Italien Kriegsgewinnler nicht mehr geben würde" (Rede vom 23. März) hatte bei einigen Naiven den Eindruck erweckt, dass Faschismus beabsichtige, in der Rüstungsindustrie privates Profitinteresse auszuschalten. Unmittelbar nach der Rede Mussolinis sanken daher die Aktien einzelner Rüstungsunternehmungen. Inzwischen aber haben die führenden italienischen Banken in ihren Berichten unzweideutig zum Ausdruck gebracht, dass in der Rüstungsindustrie vom faschistischen Staat in jedem Fall die Aktionäre auf eine sie befriedigende Weise berücksichtigt werden würden. Aus den bisherigen Erfahrungen bei den zahlreichen Unternehmungen, die sich unter Staatskontrolle befinden, wisse man, dass die Interessen der freien Aktionäre stets berücksichtigt worden seien und auch bei den vom Staat direkt geleiteten Unternehmungen hätten die Aktionäre befriedigende wirtschaftliche Ergebnisse erzielt.

Die Aktien stiegen wieder.

Konsumgenossenschaft--ständisch entrechtet. (ITF) Die österreichischen Konsumgenossenschaften wurden von der "christlichen Diktatur" dem Stand der Kaufmannschaft eingegliedert, einer Sektion des "Handelsbundes¹". Von den 18 Mandaten, die die Kaufmannschaften in der Leitung des Handelsbundes erhielten, wurde den Konsumgenossenschaften nur ein einziges Mandat zugewiesen und dieser "Vertreter" der Genossenschaften wurde von der Regierung ernannt. In 4 der 9 österreichischen Bundesländer sind die Konsumgenossenschaften im Handelsbund überhaupt nicht vertreten, weder in Nieder-, noch in Oberösterreich, nicht in Steiermark, ja selbst nicht in Wien, wo die Konsumgenossenschaft noch immer 94 000 Mitglieder zählt. Für diese "Vertretung" aber müssen die Genossenschaften erhebliche Beiträge leisten. Allein die Wiener Konsumgenossenschaft hat in der Zeit vom 1. Juni 1933 bis zum 31. Dezember 1935 an das Gremium der Wiener Kaufmannschaft fast 52 000 Schilling zahlen müssen. "Diesen Tribut mussten die Genossenschaften an Organisationen leisten, die genossenschaftsfeindlich sind, ohne auch nur die Möglichkeit dabei zu haben, innerhalb dieser Organisation den antigenossenschaftlichen Tendenzen entgegenzutreten zu können". (Arbeiterwoche, Sprachrohr der gleichgeschalteten Leitung der österreichischen Konsumgenossenschaften, Nr. 18 vom 1. Mai 1936).

Die Konsumgenossenschaften wurden, als der "ständische Aufbau" begann, der sogenannten Buchkaufmannschaft, dem Gremium protokollierter Firmen angeschlossen. Dieses Gremium hat bedeutende Rechte. Es kann Preisbeschlüsse fassen und die Konsumvereine zwingen, künftig nicht mehr billig, sondern zu den vom Gremium, einem Preiskartell, festgesetzten Preisen zu liefern. Das Gremium hat weiter das ausschliessliche Recht, Kollektivverträge abzuschliessen. Was noch von den vorbildlichen Arbeitsbedingungen der bei den Konsumgenossenschaften beschäftigten Arbeiter und Angestellten übrig blieb, wird jetzt verschwinden. "Das ärgste ist jedoch, dass die Organisation der Buchkaufmannschaft auch das Recht hat zu bestimmen, wer einen Betrieb neu eröffnen oder seinen alten Betrieb erweitern darf. Die Buchkaufmannschaft hat nach dieser Richtung hin den Genossenschaften schon grosse Schwierigkeiten bereitet. Der private Handel hat es nun einfach in der Hand, die weitere Entwicklung der Genossenschaftsorganisation zumindest von dieser Seite her zu gestatten oder nicht zu gestatten" (Arbeiterwoche).

Die korrupten Krukenkreuzler. (ITF) Die christliche Diktatur Österreichs hat nicht mehr gewagt, alle in den Phönix-Skandal verwickelten Würdenträger zu decken, sie sah sich gezwungen (am 28. April) in einer "amtlichen Verlautbarung" zuzugeben, dass "die in der Öffentlichkeit vielfach genannten Listen..., bestehend aus 24 Blättern", sich tatsächlich in den Händen der Regierung befinden. Die Regierung veröffentlicht aber diese Liste, "die lückenlos vom Jänner 1931 bis zum 17. Februar 1936 geführt wurde", nicht, sie nennt nur knapp 2 Dutzend Namen und schont die anderen Korruptierten. Einige der in die Riesenkorruption verwickelten Stützen der christlichen Diktatur aber waren derart belastet, dass die Regierung sie sofort zwingen musste, alle öffentlichen Mandate niederzulegen. Der Präsident der Verwaltungskommission der österreichischen Bundesbahnen, der General Vaugoin, musste seine Funktion bei den Bundesbahnen und sein Staatsratsmandat niederlegen. Der Präsident des Verkehrsbundes, der unsaubere Herr Straffella, musste sein Präsidentenamt und sein Mandat im Bundeswirtschaftsrat niederlegen. Der Generaldirektor Reininghaus musste aus dem Bundesratschaftsrat verschwinden, in dem er als Vertreter der Versicherungsangestellten (!) sass; er bleibt aber würdiger Direktor der Sachschaden-Versicherungsanstalt (Elementar-Phönix). Der Heimwehr-Staatsrat Graf Bothoboreth musste verschwinden, der Wiener Landesleiter der Vaterländischen Front, Oberstleutnant Seifert, musste zurücktreten. Zwei der Bestochenen, der Sektionschef Ochsner, der die Staatsaufsicht über die Versicherung auszuüben hatte, und der jüdische Journalist Klebinder, Geschäftspartner und Strohhalm antisemitischer "christlich-sozialer" Politiker, haben Selbstmord begangen. Die meisten der hohen und höchsten Würdenträger, die sich vom Generaldirektor der Phönix bestechen liessen, werden von der Regierung noch immer geschützt!

Ein frecher Schwindel. (ITF) Um die Aufmerksamkeit von der Korruption der Kruken- und Hakenkreuzler abzulenken, behauptet die österreichische Diktatur, dass auch eine Gewerkschaft vom Generaldirektor der Phoenix bestochen wurde. Die freie Postgewerkschaft, die "Technische Union" habe vom "Phönix" ein Darlehen von 300 000 Schilling erhalten, davon 250 000 Schilling à fonds perdu. Tat-

sächlich hatte der Obmann der "Technischen Union", Franz Zelenka, für die Spar- und Vorschusskasse der Union dieses Darlehen aufgenommen. Aber sobald der Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften von diesem unzulässigen Vertragsabschluss erfuhr, schritt er ein und zwang Zelenka im Februar 1932, seine Funktion niederzulegen. Die Sozialdemokratie zwang ihn zum Verzicht auf sein Parlamentsmandat, ein Ehrengericht legte fest: "Franz Zelenka hat jene sorgsame Gewissenhaftigkeit in der Verwaltung fremder Gelder vermissen lassen, die zu den obersten Pflichten eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes gehört. Zelenka ist daher nicht würdig, Vertrauensstellen in der Arbeiterbewegung zu bekleiden." Der Verbandstag der Postgewerkschaft hat am 15. Mai 1932 diese Massnahmen bestätigt. Man vergleiche mit diesem korrekten Vorgehen das Verhalten der Kruken- und Hakenkreuzler! Dem Präsidenten der österreichischen Bundesbahnen, General Vaugoin, der unter dem Druck der Öffentlichkeit wegen Annahme von Bestechungsgeldern seine sämtlichen öffentlichen Ämter niederlegen musste, versicherte der Generaldirektor der Bundesbahnen allen Ernstes: Sie scheiden "mit reinem Namen". Der Vizekanzler Starhemberg hat dem vom Phönix bestochenen Leiter der Wiener Vaterländischen Front, der alle öffentlichen Ämter niederlegen musste, in einem Handschreiben "vollste Anerkennung" ausgesprochen. (Neues Wiener Tagblatt, 30.IV.36). Und Hitler hat jetzt den nationalsozialistischen Gauleiter Habicht, der sich durch einen Mittelsmann vom jüdischen Generaldirektor der Phönix subventionieren liess, in Anerkennung seiner Verdienste in den deutschen Scheinreichstag gesandt.

Keine Versöhnung mit der Diktatur.

=====

(ITF) Aus der Regierung der christlichen Diktatur Österreich sind einige Minister herausgeworfen worden: Der Vizekanzler Fürst Starhemberg, Kommandeur der faschisten Heimwehren; der Landwirtschaftsminister Strobl, der Leiter der gleichgeschalteten Konsumgenossenschaften; der Sozialminister Prof. Dobretsberger und sein Staatssekretär für Arbeiterfragen Znidarič.

Starhemberg hatte von der Phönix Geld genommen, Dobretsberger soll von der Phönixversicherung eine Siebenzimmereinrichtung erhalten haben. Ob Znidarič und Strobl auf der noch geheimgehaltenen Korruptionsliste stehen, weiss man nicht. Bestochene Minister können im allgemeinen -- wie die Berichte über den Wirtschaftsminister Stockinger erweisen -- in der christlichen Diktatur ruhig weiter amtieren. Die Herausgeworfenen stürzen denn auch nicht über einen Scheck des Phönix, Starhemberg fiel als Opfer des Cliquenkampfes der Diktatoren, der Sturz der Dobretsberger, Strobl und Znidarič kennzeichnet das Versagen der zweiten "Versöhnungsaktion": Nach der "Aktion" des Wiener Vizebürgermeisters Winter zur Versöhnung der Arbeiter mit der Diktatur ist auch die gleichgerichtete "Aktion Dobretsberger" gescheitert. Der zweite Versuch, die österreichischen Arbeiter mit Scheinkonzessionen zu gewinnen, ist missglückt. Die österreichischen Arbeiter kämpfen um die volle Freiheit der Gesinnung und Organisation.

Zum neuen Sozialminister wurde Dr. Josef Resch ernannt, Präsident des Reichsverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, einer der Verantwortlichen für die Zerstörung der österreichischen Sozialversicherung.

Ein ehrenwerter Mann. (ITF) Der einstige Danziger nationalsozialistische Senator v. Wnuck ist zum Leiter des Gaugerichts der NSDAP in Hannover ernannt worden. Herr v. Wnuck hatte im Danziger Senat die Abteilung Soziales in der bei den Nationalsozialisten üblichen sozialreaktionären Manier geleitet. Er wurde von seiner Partei als ehrenwerter Mann so hoch geschätzt, dass er gleichzeitig zum Präsidenten des Danziger Parlaments, des Volkstags, ernannt wurde, und dass man ihm bei der Guldenabwertung das Preisprüfungskommissariat übertrug. Aber er musste seine sämtlichen Ämter plötzlich niederlegen, als bekannt wurde, dass er sich unter Ausnutzung des Amtsgeheimnisses unmittelbar vor der Abwertung des Danziger Gulden ein Haus gekauft hatte. Einige Zeit war es um diesen Abwertungsgewinnler, der so bieder Eigennutz vor Gemeinnutz stellte, still. Erst Ende 1935 tauchte der Ehrenmann wieder als Sparkommissar bei der korrupten Danziger Arbeitsfront auf. Und jetzt ist er nach Hannover gezogen!

Wenn die Mark abgewertet werden sollte, wird er nicht ärmer werden.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS

Ausgenützte Jugendliche. (I.T.F.) Die meisten deutschen Güterboote auf dem Rhein sind unterbemannt. So fahren z. B. auf den nach Götten benannten Motorgüterbooten an Deck 3 Mann; Kapitän, Steuermann und ein Schiffsjunge. Die Schiffsjungen verdienen in ersten Jahr 14 RM im Monat, im zweiten Jahr 15 RM und im dritten Jahr 18 RM. Auf allen Güterbooten, gleich, ob Motor oder Dampf, wird von diesen Jungen alle Arbeit eines Matrosen verlangt, aufdecken, dichtlegen, Farbewaschen, Raum fegen usw. auf den Booten, auf denen kein Maschinist fährt, müssen sie sogar im Motorraum am Motor helfen; und Maschinisten sind nur auf den 6 Booten der Götterklasse.

Unhaltbare Zustände. (I.T.F.) Am 2. Mai 1935 hat der Nationalsozialistische Danziger Senat die Währung um 43% abgewertet, aber, trotzdem die Lebensmittelpreise um durchschnittlich 40% stiegen, Lohnerhöhung verboten. Die Danziger Arbeiter sind dadurch in eine furchtbare Lage geraten, fast alle sind bei den Kaufleuten hoch verschuldet, viele werden an diesen Schulden noch jahrelang zu tragen haben. Das Danziger Hafengebäudeamt musste jetzt in einer "Bekanntmachung" mitteilen, dass ihm "in letzter Zeit wiederholt.... Schreiben zugesandt" wurden, in denen Kaufleute sich bitter beklagen, dass Hafendarbeiter Waren auf Kredit kauften, "und dass die Zahlung hierfür trotz mehrfacher Mahnungen von den Schuldnern nicht zu erlangen ist." Das Amt erklärt, "dass ein solches Verhalten.... auf die Dauer nicht geduldet werden kann". Aber den Hafendarbeitern bleibt eben kein anderer Ausweg, als Schulden zu machen, so lange der nationalsozialistische Senat Teuerungsausgleich verbietet.

Gestohlen wird auf jeden Fall. (I.T.F.) Im März 1934 hatte die österreichische christliche Diktatur den von Freigewerkschaften gegründete Verein "Erholungsheim für das Zugbeförderungspersonal der österreichischen Eisenbahnen" aufgelöst und sein Vermögen beschlagnahmt. Die Eisenbahner protestierten, sie gingen ^{bis} zum obersten österreichischen Gericht, bis zum Bundesgerichtshof. Der Bundesgerichtshof erklärte am 10. Januar 1936 die Auflösung für ungesetzlich.

Doch was die christlichen Diktatoren einmal in den Händen haben, geben sie nicht so leicht wieder her. Die christliche Diktatur hat (am 14. März) den von den Eisenbahnern gewählten Vorstand des Erholungsheims, der vom obersten Gericht in seinem Rechten bestätigt worden war, abgesetzt und einen ^{die} neuen "Verwaltungsausschuss" ernannt. Der Bundesgerichtshof hatte von den christlichen Diktatoren eingesetzten Liquidatoren ihres Amtes enthoben. Aber die Diktatur weiss sich zu helfen. Jetzt liquidieren einfach von der Regierung ernannte Verwaltungsausschussmitglieder das Erholungsheim der österreichischen Eisenbahner.

Spotten ihrer selbst.... (I.T.F.) Eine witzig sein sollende Glosse, die die ganze Rechtlosigkeit der Strassenbahner in der "christlichen Diktatur" zeigt, veröffentlicht die von den österreichischen Heimwehr für die Strassenbahner herausgegebene Zeitschrift:

"Die genialste Erfindung unserer Zeit ist unbestreitbar das Radio. Aber hätten wir Strassenbahner eine noch so gute Sendeanlage, um höheren Orts besser unsere Wünsche vorbringen zu können, wäre dieselbe trotzdem für uns wertlos, weil wir zu tauben Ohren sprächen...."

Der Lohndruck geht weiter. (I.T.F.) Das deutsche Statistische Reichsamt ^{sti} hat in den Monaten April und Dezember 1935 zur ersten Mal im Dritten Reich auch Arbeitsverdienste von Transportarbeitern amtlich festgestellt die Arbeitsverdienste des Fahrpersonals im Braugewerbe. Die Veröffentlichungen lassen leider nicht erkennen, ob die Tarife eingehalten werden oder nicht. Denn festgestellt wurden stets nur summarisch die Verdienste ganzer Arbeitergruppen, nicht mehr wie früher die genauen Verdienste der einzelnen Arbeiter. Als Ergebnis liegt deshalb auch nur der Durchschnittsverdienst sämtlicher Altersstufen und Lohnformen vor. Da zwischen April und Dezember 1935 einige Hunderttausend Jugendliche an diese Lohnsummer sinken, der Durchschnittsverdienst auch der Transportarbeiter hätte also steigen müssen. Statt dessen ist beim Fahrpersonal im Braugewerbe in den 8 Monaten von April bis Dezember 1935 der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst von 106,8 Pfg. auf 105,1 Pfg. gesunken, der durchschnittliche Brutto-Wochenverdienst von 44,39 RM auf 43,82 RM. zum Militär und zum Arbeitsdienst ^{neueingezogen} wurden, musste der Anteil der Jugendlichen,